

Haushaltsrede 2021

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Schwalbacherinnen und Schwalbacher,

wir stehen vor schwierigen Zeiten. Epidemisch, aber auch wirtschaftlich. Schwalbach war lange Zeit finanziell gut ausgestattet. Das liegt zum einen daran, dass in Schwalbach nie Luftschlösser gebaut wurden, sondern immer maßvoll mit den Einnahmen umgegangen wurde, egal ob die regierenden Parteien SPD/FDP/UL, CDU und Grüne oder SPD und FDP hießen. Zum anderen lag es aber auch daran, dass obwohl praktisch nie in den vergangenen 25 Jahren ausgeglichene Haushalte verabschiedet werden konnten, also bei der Beschlussfassung immer mit einem Defizit gerechnet wurde, die Haushalte im Nachhinein durch Sonder-Steuerzahlung nicht nur ausglich, sondern sogar ein Plus ausgewiesen werden konnte. Diesen positiven Effekt schreiben sich im Nachhinein gerne alle Parteien als eigene Leistung zu. Tatsächlich war es hauptsächlich die positive Entwicklung unserer Schwalbacher Unternehmen und die im Vergleich zum Endergebnis jeweils sehr vorsichtigen Steuerschätzungen, denen wir diesen Effekt zu verdanken haben. Leider ist damit in Zukunft nicht mehr zu rechnen. Durch die wirtschaftlich schwierige Lage zu Corona-Zeiten einerseits und den Wegzug eines unserer stärksten Steuerzahler in 2024 andererseits, wird die Einnahmesituation der Stadt stark negativ beeinträchtigt und mit deutlichen Steuernachzahlungen ist nicht mehr zu rechnen. Um zukünftig handlungsfähig zu bleiben wird es nun umso wichtiger, die Beseitigung des strukturellen und schon Jahrzehnte vorhandenen Haushaltsdefizits anzugehen. Leider sind dazu teils schmerzhaft Anpassungen der Einnahme- und Ausgabenseite nötig, weil Schwalbach ansonsten in spätestens drei Jahren alle Rücklagen aufgebraucht haben wird. (Mit den 19 Mio aus der Greensill-Anlage

stunden wir vor genau der gleichen Situation, lediglich die Rücklagen wären 1 bis 2 Jahre später aufgebraucht).

„In Krisenzeiten suchen die Starken nach Lösungen und die Schwachen nach Schuldigen“. Dieses fälschlicherweise Lorient zugeschriebene Zitat soll eigentlich nur verdeutlichen, dass mit Schuldzuweisungen kein Haushalt auszugleichen ist, sondern nur mit entsprechenden Maßnahmen. Diese sind zumindest SPD und CDU bereit einzuleiten.

Da wäre zunächst die Erhöhung der Grundsteuer B auf 400 Punkte. Bislang konnte es sich Schwalbach leisten, an das Land Hessen Umlagen auf der Basis von 365 Punkten abzuführen, obwohl von den Schwalbacherinnen und Schwalbachern nur 250 Punkte gezahlt wurden. Die Stadt hat also weniger eingenommen und mehr abgeführt. Dies ist bei einem Haushaltsdefizit von über 10 Millionen Euro und des erwarteten Ausbleibens von Sonderzahlungen zukünftig leider nicht mehr möglich. Die Anhebung auf 400 Punkte ist daher nötig. Im Vergleich zu allen anderen MTK-Kommunen wird Schwalbach damit (außer Eschborn) immer noch mit einem der niedrigsten Grundsteuer B-Sätze haben.

Ähnliches gilt für die Gewerbesteuer. Der sog. Nivellierungssatz, also die Basis auf der das Land Hessen die Stadt Schwalbach veranlagt, liegt derzeit bei 357 Punkten. D.h. das Land geht davon aus, dass wir 357 Punkte erhalten, wir bekommen aber tatsächlich nur 350 Punkte. Die Stadt führt also relativ höhere Abgaben an das Land, als es tatsächlich vereinnahmt. Im Einklang mit allen umliegenden Gemeinden (außer Eschborn), sind SPD und CDU deshalb dafür, die Gewerbesteuer auf 360 Punkte zu erhöhen. Auch hiermit wird sich Schwalbach MTK-weit immer noch am unteren Ende der Städte bewegen.

Die Fraktionen der SPD und CDU sehen auch die Einführung einer Zweitwohnungssteuer als angemessen für die Nutzung der städtischen Infrastruktur in Höhe von 10% der Nettokaltmiete als

angemessen an. Ebenso verfahren bereits die zwei MTK-Kommunen Hattersheim und Hofheim sowie Kronberg.

Die wertvolle Arbeit bei der U3-Betreuung und in den Schulkinderhäusern muss dringend fortgesetzt werden. Dazu ist eine dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung notwendig. Seit der Einführung der Gebühren für die U3-Betreuung und der Schulkinderhäuser wurden die Gebühren NIE erhöht. Der ursprünglich geplante Elternanteil von 30% ist dadurch stark gesunken, teilweise auf fast nur noch 13%. Das bedeutet, dass die Stadt Schwalbach knapp 90% der Kosten der Kinderbetreuung übernimmt. D.h. alle Schwalbacherinnen und Schwalbacher, ob kinderlos oder mit älteren Kindern bezahlen mit ihren Steuern fast 90% der Betreuung. SPD und CDU haben deshalb in diesem Jahr zum Ausgleich lediglich der diesjährigen Teuerungsrate eine Erhöhung von 4,5% beantragt, damit zumindest der Elternanteil stabil bleibt und nicht weiter absinkt. Das bedeutet, dass für ein Kind bei einer monatlichen Gebühr von 108 Euro, demnächst 4,86 Euro mehr bezahlt werden müssen, also 112,86 Euro. Ich weiß, dass für manche Familien und gerade auch Alleinerziehende jeder Euro wichtig ist. Ich finde aber die mit dieser Teuerungsrate verbundene Erhöhung sowohl gerechtfertigt, wenn man die damit verbundenen Leistungen betrachtet, als auch gegenüber allen anderen Schwalbacherinnen und Schwalbachern, die unsere tollen Einrichtungen solidarisch mitfinanzieren.

Nicht angefasst werden die Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll. Hier ist es dem Magistrat gelungen, die Gebühren stabil zu halten, was ein schöner Erfolg ist. Überprüft werden sollen nach Ansicht der SPD und CDU aber sonstige Verwaltungsgebühren z.B. im Bauamt, um eine höhere Abdeckung der bei der Stadt tatsächlich entstehenden Kosten zu erreichen.

Die Stadt und unser Bürgermeister versuchen vorbildlich, für alle Möglichen Leistungen, insbesondere im Klima- und Umweltbereich, öffentlich Fördermittel zu bekommen. Auch wenn die Beantragung

dieser Mittel Zeit kostet, so entlasten sie doch unseren Haushalt und können entweder eingespart oder für andere Projekte ausgegeben werden. Die Ausnutzung solcher Fördermittel ist daher absolut sinnvoll. Darauf verzichten zu wollen umgekehrt zumindest ökonomisch äußerst fragwürdig.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Wiedereinführung der Stelle des hauptamtlichen Ersten Stadtrats eingehen. Zunächst das offensichtliche: Wäre die Stelle so unnötig, wie sie von der Opposition sicherlich dargestellt wird, hätten nicht fast alle umliegenden Städte einen. Schließlich sind die Kosten im öffentlichen Dienst in den Städten dafür grundsätzlich gleich. Natürlich versprechen sich die Gemeinden, die einen Ersten Stadtrat haben etwas davon. Die Aufgaben, die an die Kommunen gestellt werden, werden immer größer. Beispielhaft seien die Pandemie, Digitalisierung und Datenschutz genannt. Natürlich macht es Sinn, den gestiegenen Anforderungen auch mit entsprechendem Personal zu begegnen. Auch wenn wir als SPD keine absoluten Fans der Wiedereinführung sind, so kann dies doch zum Wohle und Nutzen der Stadt Schwalbach sein. Der uns vorgestellte Kandidat der CDU ist Rechtsanwalt, eine Qualifikation, die bislang in der Stadt fehlt und hat viele Jahre kommunalpolitische Erfahrung in einer Nachbarstadt – eine Erfahrung, die ebenfalls nützlich sein kann. Alles in allem eine Investition, die die Stadt nicht nur kostet, sondern sich für die Stadt auszahlen kann.

Wir freuen uns trotz der schwierigen Zeiten auch auf positive Entwicklungen in unserer Stadt, z.B. auf die Verwirklichung verschiedener Projekte wie den Bau des Stadionsdaches, der Fertigstellung des unteren Marktplatzes, die Sanierung am Erlenborn und die Zusammenarbeit mit dem neu gewählten Jugendparlament im Jahr 2022.

Ich bedanke mich ganz herzlich im Namen der SPD Fraktion bei dem Magistrat und der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsentwurfes, die zur Verfügung gestellten Informationen und

die Begleitung während der Haushaltsberatung. Darüber hinaus möchte ich mich an dieser Stelle ganz generell für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2021 bei dem Magistrat und der Verwaltung bedanken.

Ebenfalls erfreulich sachlich verlief die Diskussion zum Haushalt im HFA. Dafür möchte ich mich ganz herzlich im Namen der SPD bedanken. Nach den in letzter Zeit zum Teil sehr hitzig und emotional geführten Diskussionen, war dies eine erfreuliche und nicht unbedingt zu erwartende Entwicklung.

Ich wünsche Ihnen allen und allen Schwalbacherinnen und Schwalbachern eine schöne Weihnachtszeit. Bleiben Sie bitte alle vorsichtig und gesund.

Die SPD wird dem Haushalt 2022 in der im HFA beschlossenen Fassung zustimmen.

